

Pressemitteilung vom 12. Dezember 2003:

Katholische Verbände unterstützen “Sozialstaats-TÜV”

BKU, KKV und Kolping befürworten Vorschlag der Bischofskonferenz

Der Bund Katholischer Unternehmer (BKU), das Kolpingwerk Deutschland und der KKV (Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung) unterstützen die von der Deutschen Bischofskonferenz vorgeschlagene Einführung eines “Sozialstaats-TÜVs”. Ein dem “Rat der fünf Wirtschaftsweisen” entsprechender “Sozialstaats-TÜV” biete eine gute Möglichkeit, die Diskussion um Reformen der Sozialsysteme dem ritualisierten Streit der Verbände und Lobbygruppen zu entziehen und stärker am Gemeinwohl zu orientieren. Das erklärten die Vorsitzenden Marie-Luise Dött, MdB, (BKU) Heinz Schemken (Kolping) und Egon Zepke (KKV) am Freitag in einer gemeinsamen Stellungnahme.

“Wenn es gelingt, bei der Berufung des Gremiums wissenschaftlichen Sachverstand unabhängig von Interessengruppen zu versammeln, kann dies die Diskussion versachlichen”, heißt es in der Mitteilung der katholischen Verbände. Politiker, die Reformen an den Analysen und Empfehlungen dieses Gremiums orientierten, hätten in der öffentlichen Debatte dann ein wichtiges und neutrales Argument auf Ihrer Seite.

In dem Papier “Das Soziale neu denken” fordert die Deutsche Bischofskonferenz tiefgreifende Reformen der sozialen Sicherungssysteme und die Einführung eines regelmäßigen Sozialberichtes. In diesem sollen Analysen und Perspektiven des Sozialstaates auf breiter wissenschaftlicher Basis dokumentiert und Handlungsempfehlungen ausgesprochen werden. Die institutionelle Verankerung könne analog zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (“Fünf Wirtschaftsweisen”) organisiert werden, regen die Bischöfe an.

Ihre Rückfragen beantwortet BKU-Geschäftsführer Peter Unterberg,
Tel. 02 21 / 2 72 37 - 0.